

Vier Jahre Zeitenwende

Die neue Bedeutung (Süd-)Osteuropas in der deutschen Entwicklungspolitik

Julian Bergmann

German Institute of Development and Sustainability (IDOS)



Bonn, 23. Februar 2026. **Mit der Zeitenwende ist die geopolitische Bedeutung (Süd-)Osteuropas gestiegen. Entwicklungspolitik strategischer auszurichten bedeutet auch, die Zusammenarbeit mit der Region zu stärken.**

„In Südost- und Osteuropa und dem Kaukasus geht es auch darum, ein Gegengewicht zum russischen Einfluss zu bilden“. Dies ist kein Zitat aus der berühmten Zeitenwende-Rede von Bundeskanzler a.D. Olaf Scholz vor dem Deutschen Bundestag am 27. Februar 2022. Dieser Satz findet sich bemerkenswerterweise im Mitte Januar 2026 veröffentlichten BMZ-Reformplan „Zukunft zusammen global gestalten“.

Besonders ist der Satz vor allem deshalb, weil er unterstreicht, dass deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit

den vom BMZ als „Transformationspartner“ bezeichneten Ländern – Albanien, Armenien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kosovo, Moldau, Serbien, Ukraine – auch einer geopolitischen Logik folgt. Dass sich das BMZ bereits Ende 2023 ein neues Konzept für die Entwicklungszusammenarbeit mit den Transformationspartnern gegeben hat, unterstreicht ihren gewachsenen Stellenwert in der deutschen Entwicklungspolitik.

Zeitenwende – auch in der Entwicklungspolitik?

In Reaktion auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Bundesregierung die Verteidigungspolitik wieder primär auf Landes- und Bündnisverteidigung ausgerichtet und massiv in die Ausrüstung der Bundeswehr investiert. Auch in der Energiepolitik ist die Zeitenwende spürbar, nicht zuletzt durch eine deutliche Reduzierung deutscher Abhängigkeit von russischem Gas. Und in der Entwicklungspolitik?

„Stärkere Investitionen in die wirtschaftliche Zusammenarbeit könnten dazu beitragen, zentrale Herausforderungen in der Region zu adressieren“.

Am deutlichsten lässt sich die Zeitenwende in der Entwicklungspolitik am Beispiel der Ukraine ablesen. War das Land 2021 noch auf Rang 17 der bilateralen Empfänger deutscher öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA), ist die Ukraine seit 2022 der größte bilaterale ODA-Empfänger Deutschlands. Seit 2022 hat Deutschland laut OECD 3,8 Mrd. US-Dollar an ODA bilateral bereitgestellt; zusätzlich zu den Mitteln, die über Deutschlands Beiträge an multilaterale Institutionen und die Europäische Union fließen. Letztere trägt den größten Teil der finanziellen Hilfen an die Ukraine. Ohne die zivile Unterstützung ihrer internationalen Partner wäre es der ukrainischen Regierung nicht möglich, der russischen Aggression seit vier Jahren standzuhalten.

Entwicklungspolitik als Geopolitik?

Und gleichzeitig stehen die Ukraine und (Süd-)Osteuropa insgesamt nicht im Zentrum entwicklungspolitischer Debatten in Deutschland – entweder, weil der Nutzen der entwicklungspolitischen Unterstützung der Länder nicht als hoch eingeschätzt wird. Oder weil die geopolitische Ausrichtung von Entwicklungspolitik skeptisch beäugt wird. Letzteres unterstreichen die unterschiedlichen Reaktionen auf den BMZ-Reformplan. Während manche befürchten, dass Entwicklungszusammenarbeit „zu einem geopolitischen und wirtschaftlichen Instrument werden könne“ und den regionalen Fokus auf die europäische Nachbarschaft im Bereich Frieden und Sicherheit kritisch sehen, vergessen andere schlichtweg, dass im Reformplan unter letzterer explizit auch (Süd-)Osteuropa und der Kaukasus gefasst werden – und nicht nur die Sahelregion, das Horn von Afrika, Nordafrika und der Nahe Osten.

Doch wenn man Entwicklungspolitik stärker strategisch und geopolitisch ausrichten will und sie als „soft power“ Instrument versteht, ist es nur konsequent, sie auch zur Bildung eines Gegengewichts gegen eine revisionistische und imperiale Macht einzusetzen, die Europas Sicherheit bedroht. Und eine Stärkung von entwicklungspolitischem Engagement, das einen sicherheitspolitischen Mehrwert entfaltet, ist auch noch keine Versicherung von Entwicklungspolitik – das „Schreckgespenst“ großer Teile der deutschen entwicklungspolitischen Community.

Ein stärkerer Fokus auf (Süd-)Osteuropa

Eine Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit mit Südost- und Osteuropa könnte konkret bedeuten, Demokratieförderung und den Kampf gegen Desinformation insbesondere in den Ländern zu stärken, wo demokratische Institutionen derzeit massiv unter Druck stehen, wie in Serbien, Georgien, Moldau oder Bosnien und Herzegowina. Gerade hier sind die Konsequenzen des Wegfallens von USAID-Programmen zur Förderung von Demokratie und gesellschaftlicher Resilienz deutlich zu spüren.

Stärkere Investitionen in die wirtschaftliche Zusammenarbeit könnten dazu beitragen, zentrale Herausforderungen in der Region zu adressieren. Zum Beispiel im Kosovo, wo die durchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit in den letzten Jahren bei knapp 50 Prozent lag. Oder in Serbien, wo die Herausforderung für Europa auch darin bestehen wird, den geplanten Abbau von kritischen Rohstoffen wie Lithium so zu gestalten, dass er Arbeitsplätze und Wertschöpfung vor Ort schafft, ohne durch Verletzungen von rechtsstaatlichen Standards Autokratisierungstrends weiter zu befördern.

Ein zentraler Stabilisierungsfaktor für die Region ist der EU-Erweiterungsprozess. Doch die Länder bewegen sich mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten Richtung EU-Mitgliedschaft. Die Beitrittsprozesse werden nur dann erfolgreich sein, wenn sie spürbar zu einer Verbesserung der sozio-ökonomischen Verhältnisse beitragen. Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit können hier eine entscheidende Rolle spielen. Dazu sollte das BMZ auch mehr Kompetenzen auf EU-Ebene in der Gestaltung der Beziehungen mit den östlichen Nachbarn erhalten.

Ein größerer Fokus auf unsere östlichen „Nachbarn“, der auch mit entsprechenden finanziellen Mitteln hinterlegt ist, wäre ein konsequenter Beitrag dazu, die deutsche Entwicklungspolitik stärker an den Herausforderungen der Zeitenwende auszurichten.